

**Norbert Römer** (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Ich bin der Landesregierung außerordentlich dankbar dafür, dass sie heute unmittelbar nach der gestrigen Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs Münster die Gelegenheit wahrgenommen hat, dem Parlament und der Öffentlichkeit die Auswirkungen der Entscheidung zur einstweiligen Anordnung zu erläutern. Der Finanzminister hat das gerade in aller Deutlichkeit und mit der gebotenen Zurückhaltung getan.

Eines steht jedenfalls fest, Herr Laumann: Nun eine Regierungskrise zu konstruieren, wie Sie, Herr Papke, Herr Röttgen, sie herbeireden wollen, das geht an der Wirklichkeit vorbei.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wenn Herr Röttgen hier wäre, dann würde ich es ihm auch gerne persönlich sagen. Denn wenn wir uns eine Regierungskrise anschauen wollen, dann müssen wir unseren Blick nur nach Berlin richten.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN - Zurufe von der CDU: Och!)

Meine Damen und Herren, Schwarz-Gelb in Berlin braucht einen Kabinetttisch, um der ganzen Republik zu demonstrieren, wie die Diskussion über eine geringfügige Erhöhung der Werbungskostenpauschale fast eine Staatskrise auslösen kann.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Mein Rat an Sie: Lassen Sie uns in Nordrhein-Westfalen auf dem Boden der Tatsachen bleiben!

Was heißt die Entscheidung von gestern? Das Gericht - der Finanzminister hat darauf hingewiesen - hat dazu aufgefordert, die Kassenbücher bis zur Entscheidung in der Hauptsache nicht zu schließen. Selbstverständlich wird das auch gemacht; der Finanzminister hat das gerade gesagt - auch aus Respekt vor dem Verfassungsgerichtshof, Herr Laschet. Sie haben ja Erfahrung im Umgang mit Verfassungsgerichtsurteilen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Die Kassenbücher bleiben also offen. Die Landesregierung wird der Aufforderung des Verfassungsgerichtshofs selbstverständlich Folge leisten. Sie wird bis zur Entscheidung in der Hauptsache auch keine weiteren Haushaltskredite zulasten der Kreditemächtigung für das Haushaltsjahr 2010 aufnehmen.

(Marcel Hafke [FDP]: Das kann sie auch nicht!)

Der Abschluss der Bücher wird also bis zur Entscheidung aufgeschoben. So, wie es aussieht - auch darauf hat der Finanzminister hingewiesen; das muss die Öffentlichkeit auch wissen -, ist mit Finanzierungsengpässen nicht zu rechnen. In aller Klarheit: Die Gehälter, die Löhne können und werden bezahlt werden - an alle Landesbediensteten.

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Das ist eine Feststellung!)

Ich komme zu einem weiteren Punkt, Herr Kollege Laumann. CDU und FDP - daran können Sie überhaupt nicht vorbeireden - haben sich mit Ihrer Hauptforderung, den Vollzug des Nachtragshaushalts in der Sache auszusetzen oder gar rückgängig zu machen, nicht durchgesetzt.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Sie haben sich schlicht und einfach nicht durchgesetzt. Der Verfassungsgerichtshof hat Ihrem Antrag eine klare Absage erteilt. Herr Kollege Laumann, wer lesen kann, ist klar im Vorteil. Schauen Sie in das Urteil!

(Norbert Post [CDU]: Sie sind der Richtige!)

Deutlicher kann man das gar nicht mehr sagen.

Der Verfassungsgerichtshof hat das auch begründet. Er hat Ihrem Antrag deshalb nicht stattgegeben, weil das, wie er sich ausdrückt, mit Blick auf die Erfüllung gesetzlicher Zahlungsverpflichtungen viel zu weit gehen würde. - So weit der Verfassungsgerichtshof.

Also: Die Anordnung des Verfassungsgerichtshofs bezieht sich im Wesentlichen auf die im Nachtragshaushalt 2010 vorgesehenen Zuführungen zu den Sondervermögen und den besonderen Rücklagen sowie die damit verbundene mögliche Erhöhung der Nettokreditaufnahme. Unmittelbare Auswirkungen auf die vorläufige Haushalts- und Wirtschaftsführung für

das Jahr 2011 ergeben sich nicht. Das sind die klaren und nüchternen Fakten, meine Damen und Herren von CDU und FDP – nicht weniger, aber auch nicht mehr.

Wie das Gericht dann in der Hauptsache entscheiden wird, sollten wir gemeinsam in Ruhe abwarten und dann, Herr Kollege Laumann, die Konsequenzen sorgfältig und ebenfalls in Ruhe analysieren. Also: Die Regierung bleibt – Strich darunter –, wie das Gericht auch selbst ausführt, handlungsfähig. Deshalb verbieten sich, meine Damen und Herren, Spekulationen über das, was aus Münster kommen könnte, auch aus Respekt vor dem Verfassungsgerichtshof.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Im Übrigen, Herr Kollege Papke, Herr Kollege Laumann, Ihr Jubelgeschrei von gestern beeindruckt weder mich noch die Menschen im Land. Denn eines ist doch klar – ich sage es hier im Parlament und auch bei jeder Gelegenheit in der Öffentlichkeit –: Der Nachtragshaushalt 2010 ist die Schlussabrechnung mit der Politik der abgewählten Regierung Rüttgers.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Mit dem Nachtragshaushalt 2010, meine Damen und Herren von CDU und FDP, füllen wir die schwarzen Löcher, die Sie uns und dem Land hinterlassen haben.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich will Ihnen einige Beispiele dafür nennen: Mit dem Nachtragshaushalt 2010 haben wir Ihren Raubzug durch die kommunalen Kassen beendet. Wir haben eine Soforthilfe in Höhe von 300 Millionen € für die Kommunen in Nordrhein-Westfalen zur Verfügung gestellt, damit diese ...

(Zurufe von der CDU)

– Die sind doch dankbar dafür. Die haben Sie doch vorher aufgefordert: Stimmen Sie dem endlich zu,

(Christian Möbius [CDU]: Innenpolitische Entscheidung!)

damit der Raubzug beendet wird!

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Mit der Zurverfügungstellung von 300 Millionen € für die Kommunen in Nordrhein-Westfalen haben wir begonnen, meine Damen und Herren,

(Zuruf von der CDU: Lächerlich!)

den Kommunen zu helfen, ihre strukturellen Finanzierungsdefizite nach und nach aufzulösen – Voraussetzung dafür, um hoffentlich bald zu einer soliden Finanzwirtschaft zurückkehren zu können.

Ich will Ihnen ein zweites Beispiel nennen: Wir haben 375 Millionen € in eine Rücklage eingestellt, um damit die von Ihnen, der abgewählten Landesregierung, veranlasste Beteiligung der Kommunen an den Einheitslasten wieder rückgängig machen zu können, weil

das, wie Ihnen bescheinigt worden ist, unrechtmäßig gewesen ist, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Norbert Römer (SPD):** Nein, ich würde gerne – haben Sie dafür Verständnis; wir haben noch Zeit genug, um zu diskutieren – meine Ausführungen in Ruhe zu Ende bringen.

Wir haben 150 Millionen €, meine Damen und Herren von CDU und FDP, als Soforthilfe für die Betreuung von Kindern unter drei Jahren in den Städten und Gemeinden ausgezahlt, damit Städte und Gemeinden und Trägerinnen und Träger von Einrichtungen

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

die dringendsten Investitionsmaßnahmen beim U3-Ausbau, Herr Kollege Laschet, endlich anpacken können.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Diese Investitionen haben Sie von CDU und FDP angeregt.

(Armin Laschet [CDU]: Wo leben Sie bloß?)

Sie haben die Finanzierung versprochen, ohne dass Sie die nötigen Haushaltsansätze dafür vorgesehen hätten. Das gehört mit zur Wahrheit und zur Schlussabrechnung.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wir haben dem Sondervermögen Risikoabschirmung WestLB AG rund 1,3 Milliarden € zugeführt, weil Sie, CDU und FDP, die notwendige und unverzichtbare Vorsorge unterlassen haben. Also, meine Damen und Herren von CDU und FDP: Wir mussten und müssen

(Armin Laschet [CDU]: Sparen!)

viel Geld in die Hand nehmen, weil sich das Verfassungsgericht, Herr Kollege Laschet, immer wieder mit Ihrer verfehlten Regierungspolitik auseinandersetzen musste.

(Beifall von der SPD)

Das gilt für die Kosten der Unterkunft und ebenso für den Ausbau von Kindergartenplätzen für Kinder unter drei Jahren, für den Sie den Kommunen eben nicht das notwendige Geld zur Verfügung gestellt haben. Allein dafür müssen wir mindestens 370 Millionen € in die Hand nehmen.

Sie haben, meine Damen und Herren von CDU und FDP – deshalb würde ich an Ihrer Stelle ein bisschen vorsichtiger sein, auch mit Blick auf die einstweilige Anordnung –, nach fünf Jahren einen finanzpolitischen Scherbenhaufen hinterlassen. Das ist das Ergebnis.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Lachen von der CDU)

Deshalb noch einmal in aller Klarheit: Mit dem Nachtragshaushalt 2010 ziehen wir einen Schlussstrich unter eine verfehlte Regierungs- und Haushaltspolitik der ehemaligen Regie-

rung Rüttgers. Kein einziges Projekt von uns, lediglich Abrechnung mit Ihnen: Das ist der Nachtragshaushalt 2010, meine Damen und Herren.

Weil auf Zeitungsberichte hingewiesen worden ist, weise ich auch einmal auf einen hin. Selbst die „Financial Times“ schreibt heute:

„Es ist doch absurd, wenn CDU und FDP in Nordrhein-Westfalen von einem Schlag ins Gesicht der rot-grünen Minderheitsregierung sprechen. Im Nachtragshaushalt für das vergangene Jahr, den die Münsteraner Richter am Dienstag vorläufig gestoppt haben, liegt die Kreditaufnahme vor allem deshalb so hoch, weil er milliardenschwere Rückstellungen für die marode WestLB enthält. Sie stammen aus einer Zeit, als der frühere CDU-Ministerpräsident Jürgen Rüttgers noch die Regierung in Düsseldorf führte – und riskante Geschäfte seiner Landesbank duldete.“

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Hört, hört!)

„Die Verschuldung nun SPD und Grünen in die Schuhe schieben zu wollen, ist hochrisikant für CDU und FDP.“

(Anhaltender Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Also: Diese Landesregierung, die rot-grüne Koalition ist handlungsfähig. Sicher – ich gebe das gerne zu –, es ist nicht schön, eine solche Anordnung des Verfassungsgerichtshofs in den Händen zu halten. Sie wissen aber auch – auch das muss man Ihnen immer wieder sagen –, dass das keine Vorwegnahme in der Hauptsache ist. Das hat das Gericht selbst noch einmal ausdrücklich bestätigt. Von einer Regierungskrise – ich wiederhole das gern –, wie Sie sich das ja gerne einreden möchten, kann überhaupt keine Rede sein.

Was Sie mit Ihrem Antrag auf einstweilige Anordnung erreichen wollten, erreichen wollen, haben Sie ja überall gesagt, Herr Kollege Laumann: keine Neuwahlen, keinen Wählerentscheid, aber durchaus schon die Verteilung von Posten und Dienstwagen. Eine große Zeitung in Nordrhein-Westfalen berichtet ja heute, dass die CDU mindestens fünf Ministerien fordert

(Lachen von der SPD)

und auch schon den Kandidaten für das Amt des stellvertretenden Ministerpräsidenten bereithält. Herr Kollege Laschet, diesen Job, diese Arbeit macht Sylvia Löhrmann hervorragend. Das ist auch gut so, dass sie das macht, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Herr Kollege Laumann, Neuwahlen will die CDU nicht. Das haben Sie ja noch einmal gesagt. Herr Röttgen will aber für das Amt des Ministerpräsidenten kandidieren. Heute hat er gerade erklärt, er will doch Neuwahlen. Da müssen Sie sich doch einmal ein bisschen einigen, wie Sie das machen.

Bei der FDP: Ich bin dem Kollegen Papke ja dankbar dafür, dass er zur Einsicht kommt, dass sich die FDP nicht immer verschließen kann. Da gibt es ja auch Bewegung.

(Sören Link [SPD]: Das wäre allerdings ein Grund für Neuwahlen!)

Also, meine Damen und Herren, ich sage einmal dazu: Wer eine solche Opposition im Landtag hat wie Sie es sind, der tut wie wir gut daran, den Auftrag, den uns die Wählerinnen und Wähler gegeben haben, nicht aus den Händen zu geben. Wir werden weiter regieren – Sie können sich darauf verlassen –: solide, gründlich und zukunftsorientiert.

Mit uns werden Sie jedenfalls das nicht erleben, was die „Rheinische Post“ heute – „Berliner Dschungelcamp“ getitelt – über das Berliner Kabinett schreibt. Solche Berliner Verhältnisse, meine Damen und Herren, wird es in Nordrhein-Westfalen nicht geben.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Wir bleiben dabei: Wir werden unseren Koalitionsvertrag Schritt für Schritt umsetzen, beste Bildung, gute Arbeit, verbunden mit einer modernen Industrie-, Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik, die Ökologie und Ökonomie gut miteinander verbindet, die die Potenziale einbringt, die wir im Lande haben. Das sind Ziele, zu deren Umsetzung wir uns verpflichtet haben. Wir werden das umsetzen, meine Damen und Herren, Schritt für Schritt zum Wohle des Landes, zum Wohle der Menschen im Land. Glück auf.

(Langanhaltender Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)